

Politische Soziologie: Zur Bedeutung und Methodik empirischer Sozialforschung am Beispiel der Wahlforschung

Ulrich Eith/Gerd Mielke

1. Einleitung

Politische Soziologie Die politische Soziologie hat die politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger sowie deren politisches Verhalten zum Gegenstand, etwa die unterschiedlichen Formen der politischen Beteiligung, das Wählerverhalten oder auch die Ausprägung der politischen Kultur. Analyse und Interpretation dieser Einstellungen und des mit ihnen verbundenen Verhaltens erfolgen vor dem Hintergrund sozialer, ökonomischer und kultureller Verhältnisse und ihrer Entwicklungen.

Teilgebiete der politischen Soziologie Auf diese Weise ist in den letzten Jahrzehnten ein breites Spektrum von Teilgebieten der politischen Soziologie entstanden, in denen sich zum Teil eigenständige und differenzierte Forschungstraditionen entwickelt haben. Zu nennen sind hier etwa die Elitenforschung, die Forschung zu Parteimitgliedern und anderen politischen Aktivistinnen, der weite Bereich der Wertwandelforschung oder auch die gerade in den letzten Jahren stark expandierende Forschung zum Sozialkapital und zum bürgerschaftlichen Engagement. Auf all diesen Teilgebieten haben sich zudem vergleichende, länderübergreifende Forschungsprojekte etabliert. Sie verknüpfen die politische Soziologie mit der vergleichenden Regierungslehre bzw. dem Feld der *comparative politics*.

Erweiterung der Forschungsperspektive Die so genannte behaviouristische Revolution der 1970-er Jahre hat zu einer Erweiterung der wissenschaftlichen Analyseperspektiven geführt. Insbesondere in den demokratischen Systemen stehen seitdem nicht allein die Strukturen des politischen Systems sondern zudem auch die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Akteure – sowohl Regierende als auch Regierte – im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses.

Veränderungen im Verständnis der wissenschaftlichen Methodik Verbunden mit dieser Erweiterung der Analyseperspektiven waren auch Veränderungen im Verständnis dessen, was als wissenschaftliche Methodik anzusehen ist. So hat die empirische Sozialforschung (vgl. König 1973-1978; Behnke et al. 2010) ganz nachdrücklich das kritisch-rationale Wissenschaftsverständnis in der Tradition von Karl R. Popper befördert, der die Falsifizierbarkeit wissenschaftlicher Aussagen und verbunden damit deren intersubjektive, quantitative Überprüfungsmöglichkeit zum zen-

tralen Kriterium für Wissenschaftlichkeit erhoben hat (Popper 1984). Wissenschaft in diesem Verständnis beruht vor allem auf der Anwendung einer spezifischen Methodik, insbesondere hinsichtlich der Datenerhebung und der Datenanalyse.

Gleichwohl gehören die erkenntnistheoretischen und methodischen Auseinandersetzungen zwischen quantitativem und qualitativem Vorgehen, zwischen „Erklären“ und „Verstehen“ heute zumindest in der wissenschaftlichen Praxis weitgehend der Vergangenheit an.¹ Beide Zugänge haben ihre Vor- und Nachteile und ergänzen sich im Prozess der Erkenntnisgewinnung weit mehr, als dass sie sich gegenseitig ausschließen.² Bereits Max Weber hat als Ziel wissenschaftlichen Arbeitens die Erkenntnis der Wirklichkeit in ihrer Kulturbedeutung und ihrem kausalen Zusammenhang hervorgehoben. Und es gilt selbst für den Bereich der Wahlforschung, die wie kaum ein anderes Forschungsfeld unter der erkenntnistheoretischen und methodischen Hegemonie der kritisch-rationalen Wissenschaftsstandards steht, dass auch Vertreter anderer Schulen der Politikwissenschaft immer wieder wichtige Diskussionsbeiträge geleistet haben (vgl. Hennis 1957; Adorno 1984).

Der nachfolgende Beitrag gliedert sich in drei Teile. Nach der Einordnung der Wahlforschung in die Politikwissenschaft gilt es, die verschiedenen Erklärungsmodelle des Wählerverhaltens vergleichend zu diskutieren. Die abschließenden Ausführungen zur praktisch-politischen Wirkung der Wahlforschung verweisen auf ihre Bedeutung auch über den akademischen Bereich hinaus.

Quantitative
vs. qualitative
Verfahren

Gliederung des
Beitrags

Zur Einordnung der Wahlforschung in die Politikwissenschaft

2.

Die Wahlforschung zählt ohne Zweifel zu den am höchsten entwickelten Teilbereichen der Politikwissenschaft. Nach einigen frühen Pionierstudien in der Tradition der Wahlgeographie oder *political ecology* lösten die seit den späten vierziger Jahren durchgeführten, bis heute als Klassiker der Wahlsoziologie geltenden amerikanischen Wahlstudien von Paul F. Lazarsfeld, Angus Campbell und ihren Mitarbeitern eine wahre Flut von Forschungsprojekten zu den Bestimmungsfaktoren des individuellen und

Ausnahmestellung
der Wahlforschung

¹ Zentral für die Auseinandersetzungen etwa die Beiträge in: Adorno et al. 1984.

² Zur Methodik qualitativer Sozialforschung insb. Lamnek 1995.

kollektiven Wahlverhaltens aus, die schnell auf alle westlichen Demokratien übergriff.³ Mittlerweile trifft zu:

„Kaum ein anderer Forschungszweig weist eine ähnlich breite Basis an kontinuierlich erhobenen empirischen Befunden, an theoretisch tragfähigen Konstrukten und Hypothesengeflechten, an methodischem Raffinement und nicht zuletzt an internationaler wissenschaftlicher Kommunikationsfülle auf. Daß sich im Bereich der Wahlforschung in relativ kurzer Zeit feste Forschungstraditionen entwickelt [...] haben, gehört zweifellos zu den Ausnahmesituationen des Faches“ (Oberndorfer 1978: 13).

Etablierung der
Wahlforschung

Die Etablierung der Wahlforschung ist mit einer breit gefächerten Ausdifferenzierung der Wissenschaftslandschaft einhergegangen. Neben der universitären Wahlforschung hat sich in den letzten Jahrzehnten zugleich eine Routinisierung und Kommerzialisierung der Wahlforschung in zahlreichen Instituten außerhalb der Hochschulen vollzogen.

Ausnahmestellung
ihres Forschungs-
gegenstandes

Die Ausnahmestellung der Wahlforschung wird zum anderen durch die Ausnahmestellung ihres Forschungsgegenstandes begründet. Trotz mancher kritischer Einschätzungen, die auch in der politikwissenschaftlichen Diskussion gegenüber dem „Regentanz-Ritual“ der Wahlen und Wahlkämpfe in modernen Demokratien laut wurden und die im Wählen einen eher formalen, im Vergleich zu anderen Formen der politischen Teilhabe undifferenzierten Akt politischer Partizipation sehen, nehmen die Wahlen im politischen Leben der westlichen Demokratien nach wie vor eine Schlüsselstellung ein. Wahlen legitimieren politische Herrschaft. Sie entscheiden letzten Endes über die Zuweisung der zentralen Rollen von Regierung und Opposition. Mit ihrer Hilfe wird der Mechanismus der politischen Repräsentation in Gang gehalten. Für den weitaus größten Teil der Bevölkerung bilden sie das wichtigste und einzige Instrument der politischen Teilhabe. Wahlen tragen ganz maßgeblich zur Artikulation politischer Interessen im öffentlichen Bereich bei.⁴

Wahlforschung
als Beispiel für
die moderne
Politikwissen-
schaft

Mit der kaum noch überschaubaren Fülle der Literatur und der Vielzahl der in ihrem Bereich abgehandelten Themen bietet die Wahlforschung gleich in mehrfacher Hinsicht ein bemerkenswertes Beispiel für die moderne Politikwissenschaft. Deutlich geworden ist bereits die Verankerung der Wahlforschung als Teil

³ Als Klassiker der deutschen Wahlforschung sind bspw. zu nennen Heberle 1963; Schauff 1928; zur Entwicklung der Wahlforschung vgl. Diederich 1965.

⁴ Zu den Funktionen von Wahlen vgl. Vogel et al. 1971; Nohlen 2013.

der empirischen Sozialforschung im kritisch-rationalen Wissenschaftsverständnis. Darüber hinaus sollen im Folgenden drei weitere, zentrale Aspekte näher ausgeführt werden.

So bewegt sich die Wahlforschung zum Ersten inmitten des demokratiethoretischen Kernbereichs des Faches. Als empirische Disziplin in der Tradition der politischen Verhaltensforschung konzentriert sie sich auf die Frage nach den Beweggründen und Bedingungskonstellationen für die Wahlentscheidung. Viele Facetten des Bildes, das wir in den vergangenen Jahrzehnten vom *political man* gewonnen haben, gehen auf Studien über das Wahlverhalten zurück. Entsprechend hat sich das Bild, das wir heute vom Bürger haben, unter dem Einfluss dieser empirischen Befunde zu den Ursachen des Wahlverhaltens grundlegend geändert. Dies wurde vor allem bei den Wahlstudien deutlich, die in den vierziger und fünfziger Jahren in den Vereinigten Staaten veröffentlicht wurden und deren Ergebnisse zu nachhaltigen Korrekturen an einem Bürgerbild führten, das in der Tradition der Aufklärung die politischen Tugenden und Fähigkeiten des Bürgers und Wählers in leuchtenden und optimistischen Farben gemalt hatte. Demgegenüber vermittelten die frühen Wahlstudien ein eher ernüchterndes Bild eines recht uninformierten, von Gruppen- und anderen sozialen Zwängen gesteuerten Wählers, dessen Stimmabgabe eben nicht auf gründlicher Befassung mit politischen Fragen beruhte.⁵

Politische
Verhaltens-
forschung

Korrektur am Bild
des political man

Die Ergebnisse der frühen Wahlstudien blieben nicht ohne Folgen für die normative Diskussion über demokratiethoretische Probleme. Alsbald entwickelte sich aus den Arbeiten der Wahlforscher eine „revisionistische“ oder „realistische“ Demokratietheorie. Diese geriet wiederum unter schweren Beschuss von zahlreichen Autoren, die ihr vorhielten, voreilig zentrale demokratische Normen preiszugeben. Die demokratiethoretischen Auseinandersetzungen, die die Wahlforschung und ihre Ergebnisse auslösten und die keineswegs abgeschlossen sind, verweisen auf die Korrektiv- bzw. kritische Funktion, die einer empirischen Teildisziplin wie der Wahlforschung im normativen Diskursfeld der Politikwissenschaft, der stetigen Reibungsfläche zwischen dem Bereich normativ-ethischer Aussagen und Festlegungen einerseits und den empirischen Befunden andererseits, zufällt (Burdick 1959; Sartori 1992: 94-136, 212-249).

Wirkung auf
demokratiethore-
tische Diskussion

⁵ Dies gilt vor allem für die weiter unten noch zu diskutierenden Studien von Lazarsfeld, Berelson und Campbell, aber auch für Almond/Verba 1963, 1980.

Synoptischer
Charakter der
Politikwissen-
schaft

Zum Zweiten demonstriert die Wahlforschung auch eindrucksvoll den synoptischen Charakter der Politikwissenschaft (Bergsträsser 1966: 29). Schon die frühen Klassiker der Wahlforschung haben in ihren Studien über die Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens ganz unterschiedliche und disparate Theorien und Forschungszweige der Sozialwissenschaft in einer Fragestellung gebündelt. Theorien des sozialen Wandels, Modelle der Kommunikationsforschung und Mutmaßungen über das Konsumentenverhalten flossen in die Suche nach den Bestimmungsgründen der Wahlentscheidung ebenso mit ein wie Elemente der Partizipationsforschung oder auch der Kleingruppenpsychologie, die dazu beitragen konnten, etwa die auffällige politische Homogenität von Einstellungen innerhalb von Familien oder Freundeskreisen plausibel zu erklären. Diese in den frühen Wahlstudien bereits angelegte Konzentration verschiedener Forschungslinien und Traditionen auf eine Fragestellung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten noch verstärkt.

Ausweitung
der Fragestellung
und Verknüpfung
mit benachbarten
Forschungs-
gebieten

Parallel hierzu vollzog sich eine zweite Entwicklung. Nachdem die Studien in den sechziger und frühen siebziger Jahren die Faktoren, die der Wahlentscheidung unmittelbar vorgelagert sind, systematisch analysiert hatten und damit das eng definierte Forschungsziel, die individuelle Wahlentscheidung zu erklären, erreicht schien, gingen mehr und mehr Arbeiten dazu über, den Wahlakt in ein weites und komplexes Spektrum von politischen Einstellungen und Verhaltensformen einzuordnen. In der westdeutschen Wahlforschung gab Max Kaase 1973 mit seiner vielzitierten Frage, „ob es sich überhaupt noch lohnt, so wie bisher weiterzuarbeiten“ (Kaase 1973: 152), den Startschuss einer bis heute fortdauernden Ausweitung der Fragestellungen der Wahlforschung und ihrer Verknüpfung mit benachbarten Forschungsgebieten.

Fächerüber-
greifende Studien

Beispielhaft für diese Entwicklung im unmittelbarsten Umfeld der Wahlforschung sind die zahlreichen Studien zur politischen Kultur und zum Wertewandel in den modernen westlichen Industriegesellschaften. Hier wurde das Aufkommen der Grünen und sogenannter Neuer Sozialer Bewegungen wie die Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung auf tiefgreifende Veränderungen des Wertgefüges in den jüngeren Generationen, vor allem in der sogenannten Postmaterialismus-Diskussion im Anschluss an die Thesen von Ronald Inglehart, zurückgeführt (vgl. Inglehart 1989 und Gabriel 1986). Auch die beiden großen, international vergleichenden Studien zur politischen Partizipation von Samuel H. Barnes, Max Kaase und ihren Mitarbeitern sind in der theore-

tischen Nachbarschaft der Wahlforschung angesiedelt und betten die analysierten Aktionsformen in einen komplexen sozio-ökonomischen, sozialisationsbezogenen und ideologischen Kontext von politischen Verhaltensmustern und Einstellungen ein (vgl. Barnes et al. 1979). Weiterhin ist in diesem Zusammenhang auf das von Max Kaase und Kenneth Newton zitierte Forschungsprojekt „Beliefs in Government“ zu verweisen. In vergleichender Perspektive werden längerfristige Veränderungen in den Einstellungen der Bevölkerungen Westeuropas zur Legitimation demokratischer Politik sowie zur Bedeutung und den Aufgaben der Nationalstaaten wie auch der Europäischen Union untersucht.⁶

Diese Tendenz zur Erweiterung der Forschungsperspektive auf benachbarte Themenfelder wurde durch zahlreiche Studien ergänzt, die auf eine historische oder regionale Differenzierung des Wählerverhaltens abzielten. Das bemerkenswerte Charakteristikum gerade dieser Studien ist, dass sie häufig die ansonsten übliche Datenebene der durch Umfragen gewonnenen Individualdaten verlassen und ihre Ergebnisse vorwiegend auf Aggregatdaten, also auf Gebietseinheiten bezogene Daten, stützen (vgl. Falter 1991; Mielke 1987; Eith 1997; Schoon 2007).

Schließlich ist die Wahlforschung ein aufschlussreiches Beispiel für eine politikwissenschaftliche Teildisziplin mit ganz unmittelbaren Bezügen zur praktischen Politik. Dies bezieht sich zunächst auf das öffentliche und politische Interesse an den Ergebnissen der Wahlforschung, das zu einer kommerziellen und mediengerechten Aufbereitung vor allem eines Teils der Umfrageforschung geführt hat. Die Wahlanalysen von Infratest dimap oder der Forschungsgruppe Wahlen in den öffentlich-rechtlichen Programmen am Wahlabend, dem allmonatlich erscheinenden Politbarometer oder den Spiegel-Umfragen haben einen hohen Unterhaltungswert. Sie vermitteln den Zuschauern und Lesern ein Bild davon, welche Partei in der Wählergunst vorne liegt oder gerade an Boden verliert, welche Themen „in“ oder „out“ sind. Auch wenn im einzelnen nach wie vor umstritten ist, welchen Einfluss diese Informationen nun ihrerseits auf die politischen Einstellungen der Wähler ausüben, sie gehören zweifellos in jedem Fall längst zu unserer Informationskultur wie die Tagesschau, Wettervorhersagen, Berichte zur Fußball-Bundesliga oder auch die Notierungen des DAX oder Dow Jones-Index der Börse.

Studien zur historischen und regionale Differenzierung des Wählerverhaltens

Wahlforschung und Öffentlichkeit

⁶ In den letzten Jahren erschien etwa folgende Untersuchung in vergleichender Perspektive: van Deth et al. 2007.

Wahlforschung
und Parteien

Allerdings ist die praktisch-politische Relevanz der Wahlforschung mit der Widerspiegelung des Meinungs- und Informationsklimas keineswegs erschöpft. Sie entfaltet ihre stärkste Wirkung in den Parteien selbst, also unter den Akteuren, die versuchen, aus der wissenschaftlich fundierten Kenntnis über die Bestimmungsgründe des Wählerverhaltens nun – gewissermaßen im Umkehrschluss – Strategien der gezielten Beeinflussung der Wählerschaft zu entwickeln. Mittlerweile gehören allenthalben sozialwissenschaftliche Planungsstäbe, die sich diese Aufgabe zu eigen machen, zur Grundausrüstung der Parteizentralen.

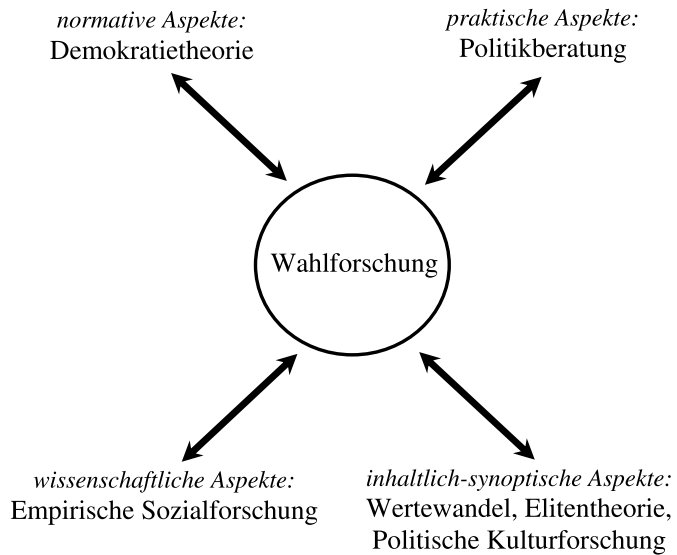


Abb. 1: Die Wahlforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Praxis

3. Theoretische Erklärungsmodelle des Wählerverhaltens

Theoretische
Erklärungsmodelle

Das in allen westlichen Demokratien geltende geheime Wahlrecht für politische Wahlen aller Ebenen verhindert eine direkte Beobachtung der persönlichen Stimmabgabe durch den Wahlforscher. Um dennoch Aussagen über die individuellen und gruppenspezifischen Prozesse und Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung zu machen, sind theoretische Erklärungsmodelle notwendig.

dung treffen zu können, ist die Wahlforschung auf das Instrument des wissenschaftlichen Indizienbeweises angewiesen: Tragfähige theoretische Erklärungsmodelle leiten das jeweils konkrete Wahlergebnis aus einer Anzahl kausal vorgelagerter Faktoren ab.

Drei zentrale Ansätze lassen sich hierbei unterscheiden⁷: der soziologische Ansatz, der heute vielfach durch Lebensstil-Studien ergänzt wird, der individualpsychologische Ansatz und das Modell des rationalen Wählers. Ungeachtet aller im Folgenden noch detaillierter aufzuzeigenden unterschiedlichen Schwerpunkte und Herangehensweisen können zwei grundsätzliche Differenzierungskriterien gleich zu Beginn benannt werden. Der soziologische Ansatz und dementsprechend auch die Lebensstil-Studien konzentrieren sich in erster Linie auf die Einflüsse, die die Umwelt des Wählers auf seine Entscheidung ausübt, der individualpsychologische Ansatz und das Modell des rationalen Wählers hingegen fokussieren hauptsächlich den individuellen Entschei-

Drei zentrale Ansätze

Zwei Differenzierungskriterien

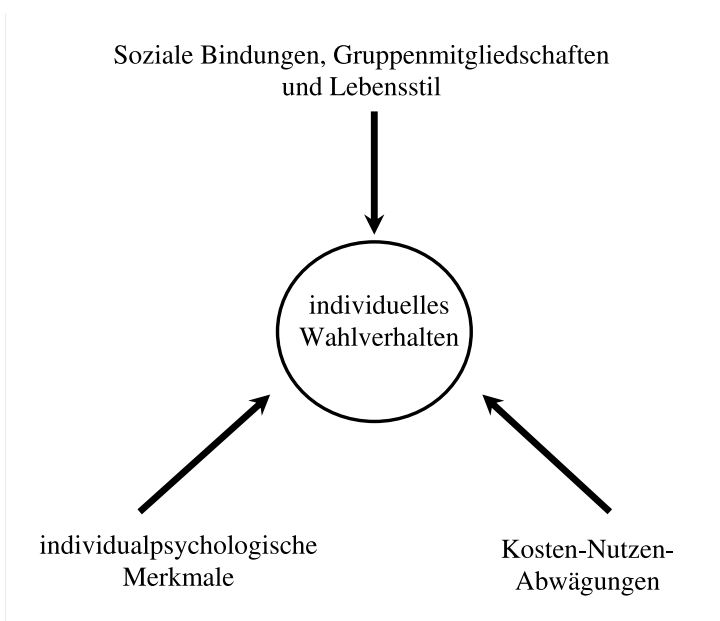


Abb. 2: Wahlverhalten im Spannungsfeld von individuellen und soziologischen Faktoren

⁷ Vgl. die Literaturhinweise am Ende des Beitrags sowie Eith 1997: 27-61; Roth 2010.

dungsprozess. Eher auf die Konstanz bzw. emotionale Tiefe der Wähler-Partei-Beziehung heben ihrerseits der soziologische und der individualpsychologische Ansatz ab, während das Modell des rationalen Wählers utilitäre Kosten-Nutzen-Abwägungen und die Lebensstil-Studien Imagekomponenten der Wahlentscheidung in den Vordergrund rücken. Trotz aller Unterschiede herrscht in der Wahlforschung allgemein die Überzeugung vor, dass sich die verschiedenen Ansätze eher ergänzen, als dass sie sich widersprechen oder gar gegenseitig ausschließen (vgl. Falter/Schoen 2005; Schultze 1991: 17).

Datentypen

Ausgangspunkt und Grundlage aller theoretischen Erklärungen des Wählerverhaltens bilden die unterschiedlichen Möglichkeiten der Datenerhebung. Die verschiedenen Datentypen sind mit spezifischen Vor- und Nachteilen behaftet, die es bei der entsprechenden Verwendung und Interpretation zu berücksichtigen gilt.

Aggregatdaten

a) *Aggregatdaten* beziehen sich immer auf Gebietseinheiten, im Falle der Wahlforschung üblicherweise auf Wahlkreise. Die verschiedenen Stimmenanteile in den Wahlkreisen lassen sich zu weiteren ökonomischen oder sozialen Strukturmerkmalen dieser Gebietseinheiten systematisch in Beziehung setzen. Aggregatdaten weisen einen hohen Grad an Verlässlichkeit auf, da sie vorwiegend aus amtlichen Erhebungen stammen. Sie ermöglichen die Analyse des sozialen Kontextes, in dem das Wahlverhalten eingebettet ist. Ein Rückschluss auf das individuelle Verhalten, die Dispositionen und die Motive des Wählers lässt dieser Datentypus im Allgemeinen allerdings nicht zu. Dennoch sind Aggregatdaten für die historische Wahlforschung die nahezu einzige Möglichkeit, entsprechende Erklärungsmuster empirisch untersuchen zu können.

Umfragedaten

b) Die in großer Anzahl seit den fünfziger Jahren verfügbaren *Umfragedaten* resultieren aus der Befragung von Personen einer jeweils repräsentativen Stichprobe. Sie enthalten neben den sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten deren politische Verhaltensabsichten und Einstellungen zu Parteien, Kandidaten und Sachfragen. Allerdings gilt es bei diesem heute sehr verbreiteten Datentyp in besonderer Weise, seine Spezifika zu erkennen. So ermitteln Umfragen in erster Linie Verhaltensabsichten und keineswegs tatsächliches Verhalten. Zudem ist die Möglichkeit der bewussten oder unbewussten Falschaussage des Befragten nie auszuschließen. Weiterhin ist es erforderlich, die mathematischen Gesetze der Stichprobentheorie einzuhalten, um zu gesicherten, repräsentativen Aussagen zu gelangen.

c) Darüber hinaus stehen für Deutschland die Daten der *repräsentativen Wahlstatistik* zur Verfügung, die aufgrund gesetzlicher Anordnung mit Ausnahme von 1994 und 1998 bei allen überregionalen Wahlen und zudem auch bei verschiedenen regionalen Wahlen erhoben werden. Sie beruhen auf der Auszählung markierter Stimmzettel und ermöglichen so exakte Aussagen über das tatsächliche Abstimmungsverhalten nach den Merkmalen Alter und Geschlecht. Diese zwar präzise ermittelten, im allgemeinen aber keineswegs verhaltensrelevanten Kategorien bedürfen jedoch erst der theoretischen Aufladung, um für kausale Erklärungsmuster des Wählerverhaltens von Nutzen zu sein (vgl. Westle/Kühnel 2007).

Repräsentative
Wahlstatistik

Für sich allein betrachtet sind selbst umfangreiche Datensätze zur Erklärung von Wählerverhalten wertlos. Ihre Bedeutung und ihren Sinn erlangen sie erst innerhalb theoretischer Überlegungen. Die wichtigsten Erklärungsmodelle des Wählerverhaltens werden nun im Folgenden näher vorgestellt und miteinander kontrastiert.

Der soziologische Erklärungsansatz

3.1

Ein erster klassischer Ansatz hebt auf die verhaltensrelevante Bedeutung des sozialen Umfelds ab: *Wählerverhalten ist Gruppenverhalten*. Schulbildend für dieses in der Literatur als mikrosoziologischer, sozialstruktureller oder auch gruppentheoretischer Ansatz bezeichnete Erklärungsmodell wirkte die Untersuchung des Meinungsbildungsprozesses bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl 1940 in Erie County (Ohio) durch Paul F. Lazarsfeld und seine Mitarbeiter an der Columbia University (Lazarsfeld et al. 1969). Weniger der ursprünglich angenommene Einfluss der Massenmedien oder der Wahlpropaganda als vielmehr die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen mit festen politischen Verhaltensnormen bestimmten die individuelle Wahlentscheidung. Lazarsfeld konstruierte mit Hilfe der Merkmale sozioökonomischer Status, Konfessionszugehörigkeit und Größe des Wohnorts einen „Index der politischen Prädisposition“, der das Zusammenwirken der unterschiedlichen Gruppenzugehörigkeiten widerspiegelt: Je gleichgerichteter die Wahlnormen derjenigen Gruppen, denen der einzelne Wähler angehört, desto geringer die Wahrscheinlichkeit einer individuell abweichenden Wahlentscheidung; „a person thinks, politically, as he is, socially. Social characteristics determine political preference.“ (Lazarsfeld

Mikrosoziologischer
Ansatz:
Lazarsfeld

et al. 1944: 27)⁸ Auf sich widersprechende Loyalitätsforderungen, nach Lazarsfeld *cross-pressures* genannt, reagiert das Individuum mit der Reduzierung des politischen Interesses und der Heraus-zögerung der Wahlentscheidung, bis die Entscheidung darüber getroffen ist, welche Gruppenzugehörigkeit denn jetzt als wichtigste, und damit als verhaltensrelevant, eingestuft wird (vgl. Lazarsfeld et al. 1969: 88-101).

Kritik Dieses Erklärungsmodell, das das Individuum im Mittelpunkt konzentrischer, sich gegenseitig verstärkender Einflusskreise sieht, veranschaulicht in besonderer Weise ein stabiles, über einen längeren Zeitraum hinweg konstantes Wahlverhalten. Kurzfristige Änderungen der Wahlentscheidung erklärt es hingegen nur unzureichend.

Makrosoziologi-
sche Erweiterung:
Cleavage-Theorie
von Lipset/Rokkan

Seine makrosoziologische, sozialhistorische Erweiterung und Einbettung erfuhr dieser allein das Individuum betrachtende Columbia-Ansatz durch die *Cleavage*-Theorie von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (Lipset/Rokkan 1967). In ihrer über ein Dutzend Länder berücksichtigenden Untersuchung verweisen sie neben allen länderspezifischen Besonderheiten auf eine Reihe grundlegender Gemeinsamkeiten in der Struktur der westeuropäischen Parteiensysteme. Lipset/Rokkan führen dies auf den im Kern vergleichbar stattgefundenen Demokratisierungsprozess zurück, in dessen Verlauf die Parteiensysteme vier zentrale Etappen zu bewältigen hatten: die Frage der nationalen Einheit sowie den Konflikt zwischen Kirche und weltlicher Macht um die politische und kulturelle Vorherrschaft im neuen Staat, die im Zuge der Industrialisierung divergierenden Interessen von ländlichen und städtisch-industriellen Gebieten sowie den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. In Abhängigkeit von den spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen der entsprechenden politischen Systeme haben diese dauerhaft politisierten, in der Sozialstruktur verankerten Konflikte zu *cleavages*, zu stabilen Koalitionen zwischen politischen Eliten und den Trägern dieser Konflikte geführt und somit die Ausprägung der europäischen Parteiensysteme bestimmt.⁹

Historisch-
soziologische
Analysen

Die historische Entwicklung der Parteiensysteme in Deutschland lässt sich mit Hilfe dieses Ansatzes gewinnbringend analysieren. Je nach Datentyp benutzen historisch-soziologische Analysen

⁸ In der Übersetzung (Lazarsfeld et al. 1969: 62): Ein Mensch denkt politisch entsprechend seinem sozialen Sein. Soziale Merkmale bestimmen die politischen Präferenzen.

⁹ Zur Übertragbarkeit auf andere Parteiensysteme vgl. Eith/Mielke 2001.

als Indikatoren der Milieu- oder Gruppenzugehörigkeit hauptsächlich die gängigen ökonomischen und kulturellen Kategorien der Sozialstruktur wie Beruf, Einkommen, Bildung, Konfession, Alter und Wohnortgröße, zudem auch Merkmale der regionalen Industriestruktur, individuelle Gewerkschaftsmitgliedschaft oder Kirchgangshäufigkeit.

Bereits in den sechziger Jahren zeigt M. Rainer Lepsius in seiner Untersuchung des Weimarer Parteiensystems, wie sich sozialstrukturelle Gegensätze und gruppenspezifische Wert- und Moralvorstellungen gegenseitig ergänzen, zu vier sozialmoralischen Milieus verdichten und die politische Landschaft der Weimarer Republik prägen (Lepsius 1966; Rohe 1992). Die Hauptspannungslinien der Bundesrepublik diskutiert Franz Urban Pappi und passt das Cleavage-Modell den deutschen Rahmenbedingungen in seinem Konzept der politisierten Sozialstruktur an (Pappi 1973, 1979). So repräsentieren in der Frühphase der Bundesrepublik die CDU/CSU die konfessionelle, die SPD die klassenbezogene Konfliktlinie der deutschen Gesellschaft auf der politischen Ebene. Dieses stabile Zuordnungsmuster ändert sich Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre. Der gesellschaftliche und industrielle Wandel bewirkt eine sozialstrukturelle Angleichung der Wählerschaften der beiden großen Volksparteien (vgl. Veen/Gluchowski 1988). Ein zunehmender Anteil der Wähler löst sich von den traditionellen, bislang das Wahlverhalten bestimmenden Milieus und Gruppenzugehörigkeiten. Zudem schrumpfen die einstmals bedeutenden, das Wahlverhalten beeinflussenden Traditionsmilieus kontinuierlich ab. So stimmten bei der Bundestagswahl 2005 zwar im Westen 72 % der Katholiken mit regelmäßigem Kirchgang erwartungsgemäß für die Union, allerdings macht diese Wählergruppe inzwischen nur noch 14 % der gesamten Unionswählerschaft aus. Dies zwingt die soziologisch orientierte Wahlforschung zur Verfeinerung und Erweiterung ihrer Analyseinstrumente, etwa durch eine stärkere Berücksichtigung regionaler politischer Traditionen und Besonderheiten (vgl. Falter 1991; Mielke 1987; Eith 1997; Schoon 2007) oder die Einbeziehung alternativer Erklärungskonzepte.

Große Aufmerksamkeit erzielten in diesem Zusammenhang zwei in den achtziger Jahren erstellte Studien (SPD-Parteivorstand 1984; Gluchowski 1987, erweiterte Fassung 1991), die mit dem auch in der Markt- und Konsumforschung bestens bewährten Analyseinstrumentarium des Lebensstilansatzes den Versuch unternahmen, den inzwischen unübersichtlichen deutschen Wählermarkt neu zu strukturieren: *Wahlverhalten ist danach Teil des*

cleavages der
Bunderepublik
Deutschland

Lebensstilansatz

persönlichen Lebensstils. Ausgehend von der Prämisse, dass die unmittelbar verhaltensrelevante Bedeutung der sozioökonomischen Merkmale der Sozialstruktur stetig abnimmt (vgl. Beck 1986: 121-160, 205-207), richten diese Studien ihre Aufmerksamkeit auf den Lebensstil und alltagsästhetische Inszenierungen. Diese übernehmen in der mobilen und auf Freizeit-Dimensionen ausgerichteten, modernen Gesellschaft zunehmend Orientierungs- und Deutungsfunktionen (vgl. Flaig et al. 1993: 11-32; Gluchowski 1988: 9-24). Allerdings herrscht in der inzwischen etablierten empirischen Milieu- und Lebensstilforschung der Soziologie keine Einigkeit darüber, ob die „objektiven“ Schicht- und Klassenmodelle generell durch „subjektive“ sozio-kulturelle Faktoren zu ersetzen und somit obsolet sind (vgl. Schulze 1992: 169-217) oder ob Lebensstilanalysen nicht vielmehr „eine notwendige Ergänzung und sinnvolle Verfeinerung“ (Müller 1992: 369)¹⁰ der Sozialstrukturanalyse darstellen.

Individualisierungsthese vs. Differenzierung der Schicht- und Klassenstruktur

Somit stehen sich bei der Lebensstilanalyse und ihrer Integration in die Erklärungsansätze der Wahlforschung bei genauerem Hinsehen die Vertreter der Individualisierungsthese, die von einer zunehmenden Entstrukturierung der Gesellschaft und von wachsender persönlicher Autonomie ausgehen, und die Anhänger der These von einer grundsätzlich beibehaltenen, jedoch von einer horizontalen Ausdifferenzierung gekennzeichneten Schicht- und Erwerbsklassenstruktur gegenüber.¹¹

Lebensstilstudien
Peter Gluchowski

Unterschiedliche methodische Vorgehensweisen kennzeichnen die beiden Pilotstudien. Peter Gluchowski erstellte eine Lebensstil-Typologie auf der Basis von repräsentativen Umfragen zu persönlichen Lebenszielen und Wertorientierungen sowie Einstellungsmustern in verschiedenen Lebensbereichen, etwa Berufswelt, Familie, Freizeit, Konsum und Politik. Er konstruierte zur Analyse des Wählerverhaltens neun Lebensstil-Dispositionen – verfestigte Systeme aufeinander bezogener Einstellungen –, anhand derer „Individuen ihr alltägliches Leben in typischer Weise organisieren“ (Gluchowski 1988: 18). Lediglich zur Beschreibung dieser neun Gruppierungen berücksichtigte er zusätzlich sozialstrukturelle Merkmale. Kritisch sei angemerkt, dass es sich bei diesen Lebensstil-Gruppierungen allerdings „nicht [um] Gruppen im sozialen Sinne, sondern [um] Aggregate in einem technischen

Kritik

¹⁰ Zum aktuellen Stand der wissenschaftlichen Diskussion vgl. Hermann 2004.

¹¹ Zur These von der Differenzierung der Schicht- und Klassenstruktur und zu der Bedeutung dieser These für das Wahlverhalten vgl. u. a. Vester et al. 2001.

Sinne mit bestimmten Eigenschaften“ (Müller 1992: 374), nämlich Parteien- oder Freizeitpräferenzen, handelt. Die Konstanz und somit verhaltensrelevante, theoretisch erklärende Bedeutung dieser verfestigten Einstellungssysteme ist ungeklärt, zumal Gluchowski bezeichnenderweise mit denselben, im März 1986 erhobenen Daten zur Erforschung der Marktchancen der CDU neun, zur Erklärung des Freizeitverhaltens lediglich nur sieben verhaltenssteuernde Lebensstile ermittelte.

Anders ging das Heidelberger Sinus-Institut vor, dessen Methodik aus dem Kontext der Markt- und Imageforschung sich inzwischen auch für politische Studien weitgehend durchgesetzt hat. Im ersten, qualitativen Teil einer zweistufigen Lebensweltanalyse wird die Anzahl der Milieus unter Berücksichtigung von langfristig stabilen „soziale[n] Syndrome[n], bestehend aus sozialen Lagen einerseits und Wertorientierungen sowie lebensweltlichen Sinn- und Kommunikationszusammenhängen andererseits“ (Flaig et al. 1993: 58)¹² ermittelt und ein entsprechender Milieu-Indikator erstellt. Durch repräsentative Umfragen wird anschließend anhand dieses Milieu-Indikators, der mit einer hohen Anzahl von *Items* ausschließlich Wertorientierungen abfragt, die Verbreitung der vormals acht, seit 1991 neun und inzwischen zehn Milieus in der Bevölkerung gemessen.¹³ Es stellt sich allerdings auch bei diesem Ansatz die kritische Frage nach der Konstanz und verhaltensrelevanten Bedeutung dieser neun Milieus, die explizit mit den von Lepsius aufgezeigten sozialmoralischen Milieus der Weimarer Republik verglichen werden (vgl. Flaig et al. 1993 : 137 mit Bezug auf Lepsius 1966). Fragmentarisch und unbefriedigend bleiben die Angaben über mögliche funktionale Äquivalente der zur organisatorischen Abstützung stabiler Milieus notwendigen vopolitischen Institutionen wie etwa Gewerkschaften, Vereine oder Verbände, der milieuspezifischen Kommunikationsstrukturen – über unterschiedliche Mediennutzungsgewohnheiten hinaus – sowie der historischen, milieukonstituierenden Faktoren.

Längst haben sich die Lebensstil-Studien als Ergänzung der traditionellen sozialstrukturellen Wahlanalysen etabliert. Und dennoch bleiben bislang noch nicht befriedigend gelöste Pro-

Heidelberger
Sinus-Institut

Kritik

Probleme bei
der Operationa-
lisierung von
Lebensstil-
modellen

¹² Zum gesamten Analysedesign: Flaig et al. 1993: 69-74. Detailliertere Angaben zum Verfahren, insbesondere zur Einbeziehung sozialstruktureller Merkmale im qualitativen Teil, sind vom Sinus-Institut bislang nicht publiziert worden.

¹³ Die aktuellen Lebensstilmilieus und ihre Charakterisierungen finden sich unter Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (2014): Handbuch Wahlforschung, 2. Aufl., Wiesbaden.

bleme bei der Operationalisierung von Lebensstilmodellen zur Erklärung von Wählerverhalten. Zum einen erscheint es theoretisch nicht ausreichend reflektiert, ob und unter welchen Umständen die Gesetzmäßigkeiten des Konsumverhaltens bei Zigaretten, Automarken oder Kücheneinrichtungen unbesehen auf politisches Verhalten übertragen werden können. Die dem Konsumartikel zugeschriebene integrative und gleichzeitig auch distinktive Funktion beruht gerade auf seiner öffentlichen Verwendung, Wahlverhalten hingegen ist gemeinhin ein geheimes, der Öffentlichkeit entzogenes Verhalten (vgl. Schulze 1992: 108-114). Zum anderen verweisen gerade die bisherigen Studien auf eine notwendige Ergänzung, nicht jedoch auf eine Ablösung der Sozialstrukturanalyse, stimmen sie doch in dem Ergebnis überein, dass die Lebensstil- und Milieuabgrenzungen für die nicht vom Wertewandel erfassten, den konventionellen Pflicht- und Akzeptanzwerten verpflichteten Bevölkerungsteile entlang des traditionellen Schichtmodells verlaufen.

Die zum Wählerverhalten bislang erstellten Lebensstilstudien sind möglicherweise gut geeignet, die für einen an Marketingstrategien ausgerichteten Wahlkampf benötigten Zielgruppen der entsprechenden Parteien zu identifizieren und quantifizieren – zumal sie häufig auch von diesen finanziert wurden. Dem praktischen Nutzen steht allerdings die Tatsache gegenüber, dass die Kausalbeziehung zwischen Lebensstil und Wahlverhalten bislang theoretisch nicht befriedigend geklärt ist (vgl. explizit Roth 2010: 36).

3.2 Der individualpsychologische Erklärungsansatz

Individual-
psychologische
Erklärungsansatz

Angus Campell

Einen deutlichen Perspektivenwechsel nimmt der zweite klassische Erklärungsansatz vor: *Wahlverhalten ist Ausdruck einer individuellen psychologischen Beziehung zu einer Partei*. In ihren Untersuchungen der amerikanischen Präsidentschaftswahlen der fünfziger Jahre entwickelten Angus Campbell und seine Mitarbeiter von der University of Michigan, Ann Arbor, in Auseinandersetzung mit dem statischen soziologischen Columbia-Modell einen dynamischeren, zu Prognosezwecken weitaus geeigneteren Erklärungsansatz des Wählerverhaltens (Campbell et al. 1954, 1960). Kernstück dieses als individualpsychologisches, Ann Arbor- oder Michigan-Modell bezeichneten Ansatzes bildet die individuelle Parteiidentifikation, eine langfristige emotionale Bindung des Wählers an seine Partei. Sie wird erworben während der po-

litischen Sozialisation durch Elternhaus, Freundeskreis oder Mitgliedschaften in politischen Gruppen und beeinflusst, einmal ausgeprägt, die Wahrnehmung und Bewertung politischer Ereignisse in hohem Maße. Neben dieser Langzeitvariablen existieren zwei weitere Einflussfaktoren, die Bewertung der Kandidaten und die Orientierung an politischen Sachfragen (*issues*). Die individuelle Wahlentscheidung als Resultat des Zusammenspiels dieser drei Faktoren wird von Campbell mit einem „*funnel of causality*“ (Campbell et al. 1960: 24), einem Entscheidungstrichter, beschrieben. Die langfristige politische Grundausrichtung des Wählers bestimmt demnach die Parteiidentifikation, Kandidaten und Sachfragen werden als kurzfristige, möglicherweise intervenierende Faktoren betrachtet. Das Verhalten von Wechselwählern erklärt sich somit durch auftretende Dissonanzen zwischen diesen drei Variablen; für den einzelnen Wähler wichtige Personal- oder Sachfragen lassen unter Umständen die individuelle punktuelle Wahlentscheidung entgegengesetzt der langfristig wirksamen Parteiidentifikation ausfallen.

Verhalten von
Wählern

Die anfänglichen Schwierigkeiten bei der Übertragung des für die amerikanische Situation entwickelten Erklärungsansatzes auf bundesdeutsche Verhältnisse sind seit den späten 1970er Jahren überwunden.¹⁴ Seit über zwanzig Jahren stehen miteinander vergleichbare Umfragen zur Verfügung. Neben der Parteiidentifikation werden unter anderem regelmäßig auch Daten zur Beliebtheit der Spitzenpolitiker, zur Rangfolge der wichtigsten politischen Probleme samt den entsprechend zugeschriebenen Lösungskompetenzen der Parteien, zur Zufriedenheit mit dem politischen System und der wirtschaftlichen Situation sowie die sogenannte Sonntagsfrage nach der Wahlentscheidung, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, erhoben. Einige theoretisch wie empirisch anspruchsvolle Untersuchungen auf der Grundlage des Ann Arbor-Modells zeigen den Erkenntniswert, den dieses Modell für das Verständnis des Zusammenspiels kurz- und langfristiger Einflüsse auf das bundesdeutsche Wahlverhalten zu leisten imstande ist (vgl. zu einer aktuellen Anwendung Kellermann 2008). Allerdings bereitet die exakte Quantifizierung der kurz- und langfristigen Effekte auf die Wahlabsicht nach wie vor große Probleme.

Bundesdeutsches
Wahlverhalten

¹⁴ Vgl. zu den Übersetzungsproblemen des zur Messung benutzten Indikators, zu den Spezifika des politischen Systems der Bundesrepublik sowie zu den Validitätsproblemen des Konzepts: Falter 1977.

Umstrukturierungsprozesse

Auch dieser Erklärungsansatz bleibt nicht unberührt von den bereits genannten Umstrukturierungsprozessen seit Ende der sechziger Jahre, die zu einer spürbaren Erosion der langfristigen Parteibindungen geführt haben. So weist ein knappes Drittel der westdeutschen Wahlberechtigten seit Ende der achtziger Jahre keine langfristige Parteidentifikation mehr auf und im Osten liegt der entsprechende Anteil in den neunziger Jahren bei etwa 40 %. Als Folge werden seit den frühen 1990-er Jahren ein zunehmendes Wechselwählerverhalten und eine Fragmentierung des Parteiensystems konstatiert.¹⁵

3.3 Das Modell des rationalen Wählers

Modell des rationalen Wählers

Auswege aus dem Dilemma der beiden klassischen Erklärungsmodelle weisen Ansätze, die Wählerverhalten auf kurzzeitige, flexiblere Einflussfaktoren zurückführen. Ein lediglich das individuelle Entscheidungskalkül analysierendes Modell hat Anthony Downs in seiner ökonomischen Theorie der Demokratie (Downs 1968) entwickelt: *Die persönliche Wahlentscheidung wird bestimmt durch ihren maximalen politischen Nutzen.* Ein rationaler Wähler entscheidet sich demnach für diejenige Partei, von deren Politik er sich den größten Vorteil verspricht.

Anthony Downs

Ökonomischer Rationalitätsbegriff

Der in Downs' Studie verwendete ökonomische Rationalitätsbegriff bezieht sich „niemals auf die Ziele, sondern stets nur auf die Mittel eines Handlungsträgers“ (Downs 1968: 5), also auf das ökonomisch effektive – rationale – Verfolgen eines selbstgewählten, dem eigenen Werturteil unterliegenden Ziels. Demnach ordnet ein rationaler Mensch seine Handlungsalternativen, wählt die an erster Stelle stehende aus und kommt bei gleichen Rahmenbedingungen stets zum selben Ergebnis. Ein derart verstandener Rationalitätsbegriff unterscheidet sich selbstverständlich stark von den umgangssprachlich benutzten Vorstellungen über Rationalität, seien sie mit normativen Forderungen einer Gemeinwohlverpflichtung des politischen Handelns oder einer Entscheidungsfindung mittels rein logischer, intersubjektiv nachprüfbarer Denkprozesse verbunden (vgl. Downs 1968: 4-11).

issue-voting:
Orientierung des Wählers an Sachfragen

Die Wahlforschung operationalisiert im Allgemeinen rationales Wahlverhalten mit *issue-voting*, der Orientierung des Wählers an Sachfragen. Der rationale Wähler ermittelt seine Wahlentscheidung

¹⁵ Vgl. dazu skeptischer Zelle 1995; sowie als aktuellen Beitrag zum selben Thema: Schoen 2003.

derung unter Erstellung eines Nutzendifferentials. Er vergleicht hierzu die Arbeit der Regierung in der vergangenen Legislaturperiode mit dem vermuteten Ergebnis der Opposition, wäre diese an der Macht gewesen, und entscheidet sich für diejenige Partei, die seine individuellen Ziele am ehesten zu verwirklichen vermag. „Eine besondere Rolle fällt dabei wirtschaftlichen Indikatoren wie Inflationsraten, Arbeitslosenzahlen oder Wachstumsraten als Maßstäben erfolgreicher Regierungstätigkeit zu“ (Falter et al. 1990: 12). Bereits Downs hat jedoch betont, dass die Wahlentscheidung in der Realität unter den Bedingungen von Ungewissheit und unvollständiger Information erfolgt. Dementsprechend ist es vor allem für Wähler mit einem eher geringeren politischen Kenntnisstand durchaus rational, sich bei ihrer Entscheidung an Ideologien oder auch an ihrer Parteiidentifikation – nun verstanden als generelle Parteienbewertung – zu orientieren (Downs 1968: 93-96).¹⁶

In diesem Erklärungsmodell finden die Einflüsse des sozialen Umfelds keine explizite Berücksichtigung. Des Weiteren lässt sich innerhalb des rationalen Modells die Beteiligung an einer Wahl bestenfalls mit expressiven Motiven schlüssig begründen: Die Wirkung der eigenen Stimme, also der instrumentelle Nutzen einer Beteiligung, ist verschwindend gering gegenüber den entstehenden Kosten, den Mühen einer Teilnahme. Ebenfalls unbefriedigend bleibt die Erklärung der Wahlentscheidung zugunsten kleiner Parteien, die keine Chance auf eine Regierungsbeteiligung haben (vgl. Falter et al. 1990: 13; Kühnel/Fuchs 1998).

Kritik

Im forschungspraktischen Alltag greifen die Analysen zur Rationalität des Wählerverhaltens auf dieselben Wahlumfragen und Datensätze zurück, die auch in individualpsychologisch orientierten Untersuchungen Verwendung finden. Im rationalen Modell sind die erfragten Einstellungen zu Sachfragen für die Wahlerklärung von zentraler Bedeutung, im individualpsychologischen Ansatz werden sie als kurzfristige, bereits durch die Parteiidentifikation gefilterte Einflussfaktoren angesehen. Dieses aus beiden theoretischen Ansätzen resultierende Erkenntnisinteresse hat zu einer großen Anzahl detaillierter Studien zur Wirkungsweise kurzfristiger, vor allem ökonomischer Sachfragen auf die Wahlentscheidung geführt (vgl. bereits Klingemann 1973).

¹⁶ Zu unterschiedlichen Modellen rationalen Handelns vgl. Fiorina 1981; Fuchs/Kühnel 1994; Eith 1997: 40-49.

3.4 Auf dem Weg zu einer allgemeinen Theorie des Wählerverhaltens?

- Drei Problem-
bereiche Die Diskussion der wichtigsten Erklärungsansätze verdeutlicht den differenzierten Forschungsstand, aber auch die Schwierigkeiten der Wahlforschung, den komplexen Prozess der Wahlentscheidung in theoretischen Modellen adäquat zu erfassen. Mindestens drei Problembereiche lassen sich diskutieren.
- Spannungsfeld
zwischen
Kurz- und
Langzeiteinflüssen a) Die Wahlentscheidung steht im *Spannungsfeld zwischen Kurz- und Langzeiteinflüssen*. Die meisten Erklärungsansätze konzentrieren sich jedoch nur auf eine der beiden Komponenten. Im diesbezüglich vielseitigsten Ann Arbor-Modell ist es wiederum außerordentlich schwierig, die einzelnen Effekte zu quantifizieren. Messungenauigkeiten bei der Datenerhebung durch Umfragen und die Notwendigkeit sehr aufwendiger statistischer Verfahren bleiben wohl noch auf absehbare Zeit große Herausforderungen der empirischen Wahlforschung.
- Zusammenspiel
von individuellen
Bedürfnissen und
gruppenspezifischen
Interessen b) Die Wahlentscheidung fällt im *Zusammenspiel von individuellen Bedürfnissen und gruppenspezifischen Interessen*. Diesem Anspruch wird bislang keiner der vorgestellten Ansätze ausreichend gerecht. Vielmehr beschränken sich alle weitgehend darauf, die Komplexität entweder der individuellen oder der gruppenspezifischen Prozesse möglichst exakt zu erfassen.
- Umstrukturie-
rungsprozesse c) Keine Einigkeit herrscht in der Wahlforschung bislang darüber, aus welcher theoretischen Perspektive heraus *die Umstrukturierungsprozesse im Wahlverhalten* am besten zu erklären sind. Handelt es sich lediglich um eine Auflösung bestehender Bindungen (*dealignment*) oder um die Kristallisation eines neuen, noch unscharfen Zuordnungsmusters (*realignment*)?¹⁷ Und in welchem Ausmaß handelt es sich hierbei um eigenständige, autonome Prozesse oder aber um Konsequenzen von Veränderungen des parteipolitischen Angebots?

Die Antworten auf diese Fragen unterscheiden sich je nach gewähltem Erkenntnisinteresse und dem zugrundeliegenden Erklärungsmodell. Mit einem Wechsel der theoretischen Perspektive, der verwendeten Daten oder der benutzten Methoden verbindet sich häufig auch eine andere Sicht und Bewertung der die Wahlentscheidung beeinflussenden Faktoren. Hinzu kommt, dass auch dem Zustand des politischen Systems und besonders dem Handeln der politischen Eliten wahrelevante Bedeutung zuge-

¹⁷ Vgl. die unterschiedlichen Positionen und Ansätze bei: Oberndörfer/Mielke 1990; Rohe 1992: 172-191; Schultze 1991; Klingemann/Wattenberg 1990.

geschrieben werden muss. Auch wenn ihre theoretische Anbindung an die vorgestellten Erklärungsmodelle nur indirekter Natur ist, weil ihr Einfluss im allgemeinen nicht exakt zu quantifizieren ist, so stellen diese Variablen doch entscheidende Kontextfaktoren des Wählerverhaltens dar.

Darüber hinaus zeichnet sich ein eher forschungspraktisches Problem ab, die Kluft zwischen den theoretisch-analytischen Diskussionen einerseits und dem Bestand an dafür erforderlichen empirischen Daten andererseits. Als Hindernis für eine systematische Umsetzung der Forschungsdiskussionen erweist sich vor allem der Umstand, dass ein wesentlicher Teil der verfügbaren Daten von kommerziellen Instituten nach deren Erfordernissen erhoben wird. Zwar ist ein Großteil dieser Daten der Wissenschaft zugänglich, aber die Interessen und Vorgaben der öffentlichen und privaten Auftraggeber der Institute richten sich vorrangig auf kurzfristige, politisch und medial aktuell verwertbare Aspekte des Wahlverhaltens. Gerade deshalb ist auch in der Bundesrepublik aus den Universitäten immer wieder der Ruf nach einer regelmäßig durchgeführten nationalen Wahlstudie laut geworden, in der auch längerfristige Fragestellungen und soziologische Kontextvariablen berücksichtigt werden können.

Bei dieser Auflistung der Desiderate der Erklärungsmodelle gilt es jedoch, die Anforderungen an die Wahlforschung auf ein realistisches, einer empirischen Wissenschaft angemessenes Maß zu beschränken. So zählt im Bereich der empirischen Sozialforschung gerade die Wahlforschung mit ihren theoretischen und methodischen Fundamenten zu den am weitesten entwickelten Disziplinen.

Eine umfassende, allgemeine Theorie des Wählerverhaltens ist allerdings bislang nicht in Sicht. Analog zur Politikwissenschaft, die sich nur in einer synoptischen Herangehensweise ihres Gegenstandes versichern kann, gilt es auch in der Wahlforschung, individualpsychologische Dispositionen und Verhaltensmuster, soziologische Bestimmungsfaktoren sowie die Spezifika des Parteien- und politischen Systems aufeinander zu beziehen. Oder, um es in einem Bild von Karl R. Popper auszudrücken, je mehr leistungsstarke Scheinwerfer die Wahlforschung in Form von Theorien anzuschalten versteht, desto klarer und konturenreicher erkennt sie ihren Untersuchungsgegenstand, das Wählerverhalten (Popper 1992: 305f.).

Theoretisch-analytische Diskussion vs. empirische Daten

Allgemeine Theorie des Wählerverhaltens?

4. Zur politischen und öffentlichen Wirkung der Wahlforschung

Demokratietheo-
retische Auswirkung

Auf die demokratiethoretischen Auswirkungen der empirischen Wahlforschung, also die aus ihren Ergebnissen abzuleitenden normativen Vorstellungen über den politisch mündigen Bürger und die entsprechenden anthropologischen Prämissen, wurde zu Beginn bereits ausführlich eingegangen. In diesem Sinne kommt der Wahlforschung für die durchaus normative, aber eben auch empirische Eckdaten aufgreifende und interpretierende Demokratiethorie eine sich immer wieder erneuernde Korrektivfunktion zu. Dabei ist offenkundig, dass diese Korrekturen in Abhängigkeit von den Theorien über den Wähler und seine Beweggründe erfolgen, die den Rahmen der einzelnen empirischen Befunde abgeben. Jede dieser im vorausgegangenen Kapitel skizzierten Theorien vermag ein anderes Bild von der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit zu erzeugen.

Herausbildung
einer neuen
Wählerschaft?

So ist folgende Entwicklung doch erstaunlich. Angesichts der Abschmelzung traditioneller Segmente in der deutschen Wählerschaft, etwa der kirchlich gebundenen Wähler oder der klassischen Industriearbeiterschaft, und der Entstehung neuer, relativ instabiler und differenzierter Statuslagen ist – gewissermaßen als neue herrschende Lehre – die Herausbildung einer neuen Wählerschaft propagiert worden. Stichworte wie „neue ungebundene Mittelschichten“, „Individualisierungsschub“, „Situationswähler“ und „rationale Wahlentscheidung“ umreißen diese herrschende Lehre, die über den eigentlichen Bereich der Wahlforschung hinaus relativ zügig in benachbarte Forschungsgebiete wie etwa die Parteienforschung, vor allem aber auch in den publizistischen und politischen Bereich Eingang gefunden hat.

Welche neuartigen Formen des Wahlverhaltens auch zu vermelden sind, sei es das Aufkommen rechtsextremistischer Parteien oder der deutliche Rückgang der Wahlbeteiligung, fast immer werden diese politischen Verhaltensmuster in den Kategorien dieser neuen herrschenden Lehre vom situativ entscheidenden, sozial weitgehend ungebundenen Wähler interpretiert. Die Folge dieser breit vorgetragenen These der Wahlforschung ist die Korrektur vom Bild des Wählers als eines vor allem von langfristigen sozialen und psychologischen Bindungen und Einflüssen bestimmten Wesens.

Diese Korrektur ist wiederum nicht unproblematisch, beruht sie doch auf der Annahme, dass die Ergebnisse der Lebensstilstudien stimmen bzw. dass die situativen Wahlentscheidungen keine theoretisch erzeugten Artefakte sind. Genau dies ist aber nicht

auszuschließen, wie ein Blick auf die in der Wahlforschung seit einiger Zeit ablaufende Debatte um die Auflösung von wahlverhaltensrelevanten Großgruppen oder eben deren Umgruppierung entlang neuer sozialer Konfliktlinien belegt.

All dies ist keineswegs lediglich ein akademisches Glasperlenspiel, denn die Bilder, die die Wahlforschung zunächst wissenschaftsintern vom Wähler gewinnt, schlagen in mehrfacher Hinsicht auf Politik, Publizistik und Öffentlichkeit durch. So zeigen sich der Unterhaltungswert und die Faszination empirischer Sozialforschung im außerwissenschaftlichen Bereich nicht nur in den turnusmäßigen, mittlerweile perfekt inszenierten Hochrechnungs- und Analyseshows anlässlich überregionaler Wahlen im Fernsehen. Beides zeigt sich auch in der oftmals unkritischen, die Reichweite der Erklärung außer acht lassenden Übernahme und Trivialisierung ihrer Ergebnisse: Vermeintlich gesicherte Aussagen über die Motive von Nichtwählern, eine völlige Überschätzung des Anteils der parteipolitisch ungebundenen Wähler und ungesicherte Annahmen über das Ausmaß und die Folgen eines allgemeinen Wertewandels lassen sich je nach Standpunkt und Motivlage zu einem angeblich wissenschaftlich abgesicherten Bild über den Zustand des gesellschaftlichen und politischen Systems verdichten, das in erster Linie jedoch nur den eigenen politischen, ideologischen oder auch kommerziellen Interessen entgegenkommt.

Politische und öffentliche Wirkung der Wahlforschung

Demgegenüber besteht die Bedeutung einer empirischen Wissenschaft wie der Wahlforschung in der Bereitstellung von Entscheidungshilfen ohne Anspruch auf absolute Wahrheiten. Eine in „Wenn-dann“-Aussagen vorliegende Erkenntnis in der Tradition des Kritischen Rationalismus ermöglicht immer nur eine vorsichtige Abschätzung möglicher Folgen einer Handlung. Bereits Max Weber fasste diese Erkenntnis in dem viel zitierten Satz zusammen: „Eine empirische Wissenschaft vermag niemanden zu lehren, was er s o l l, sondern nur, was er k a n n und – unter Umständen – was er w i l l“ (Weber 1951: 151).

Bereitstellung von Entscheidungshilfen

Literatur

Annotierte Auswahlbibliographie

Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.) (2005): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden.

Grundlegende und gleichzeitig vertiefende Einführung in die Theorien des Wahlverhaltens sowie zu speziellen Fragestellungen der Wahlforschung mit einem umfassenden, 140-seitigen Literaturverzeichnis.

Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hrsg.) (2000): *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen.

Dieser Sammelband diskutiert die Unterschiede und Ähnlichkeiten der Bevölkerungsteile in den alten und neuen Bundesländern anhand der Wahrnehmungen des politischen Systems, der Wertorientierungen und Einstellungen sowie der politischen Partizipation mit aktuellen Daten.

Fischer, Claus A. (Hrsg.) (1990): *Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in der BRD, in den Ländern und in den Kreisen 1946-1989*, Paderborn.

Vollständige Dokumentation der Ergebnisse aller genannten Wahlen.

Hennis, Wilhelm (1957): *Meinungsforschung und repräsentative Demokratie*, Tübingen.

Immer noch zur kritischen Reflexion regt die frühe Streitschrift von Hennis an. Er wendet sich gegen den Anspruch der Demoskopie, öffentliche Meinung widerzuspiegeln, und die von ihr verursachte, schleichende Demontage der Prinzipien der repräsentativen Demokratie.

Rohe, Karl (1992): *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland*, Frankfurt a. M. Rohe verknüpft in dieser Breite erstmals Wahlgeschichte und Parteiengeschichte. Aus dieser historisch-kulturellen Perspektive heraus skizziert der Autor Kontinuität und Wandel des deutschen Parteiensystems seit dem 19. Jahrhundert.

Roth, Dieter (2010): *Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*, 2. Aufl., Wiesbaden.

Nach einer Einführung in die Anfänge sowie die Erklärungsmodelle der empirischen Wahlforschung bespricht Roth ausführlich methodische Grundlagen. Kurze Hinweise zur Entwicklung der deutschen und europäischen Wahlforschung beschließen diese Einführung.

Weiterführende Literatur

Adorno, Theodor W. (1984): *Soziologie und empirische Forschung*, in: Adorno, Theodor W. et al. (Hrsg.): *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Darmstadt, S. 81-101.

Adorno, Theodor W. et al. (Hrsg.) (1984): *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Darmstadt.

Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton.

Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hrsg.) (1980): *The Civic Culture Revisited*, Boston.

Barnes, Samuel H./Kaase, Max et al. (1979): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M.

Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie (2010): *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*, 2. Aufl., Paderborn.

- Bergstraesser, Arnold (1966): Die Stellung der Politik unter den Wissenschaften, in: Bergstraesser, Arnold (Hrsg.): Politik in Wissenschaft und Bildung. Schriften und Reden, Freiburg, S. 17-31.
- Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.) (2007): Die Bundestagswahl 2005: Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden.
- Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W./Roller, Edeltraud (Hrsg.) (2004): Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes, Wiesbaden.
- Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W./Roller, Edeltraud (Hrsg.) (2002): Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen.
- Burdick, Eugene (1959): Political Theory and the Voting Studies, in: Burdick, Eugene/Brodbeck, Arthur J. (Hrsg.): American Voting Behavior, Glenco, S. 136-149.
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E. (1954): The Voter Decides, Evanstone.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. (1960): The American Voter, New York.
- Diederich, Nils (1965): Empirische Wahlforschung. Konzeptionen und Methoden im internationalen Vergleich, Köln.
- Downs, Anthony (1968): Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen (im Orig.: An Economic Theory of Democracy, New York 1957).
- Eith, Ulrich (1997): Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt. Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994, Berlin.
- Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hrsg.) (2001): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Opladen.
- Falter, Jürgen W. (1977): Einmal mehr: Lässt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen?, in: PVS 18, S. 476-500.
- Falter, Jürgen W. (1991): Hitlers Wähler, München.
- Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried/Winkler, Jürgen (1990): Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, in: APuZ 40 B 37-38, S. 3-13.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (2014): Handbuch Wahlforschung, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (2014): Handbuch Wahlforschung, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Fiorina, Morris P. (1981): Retrospective Voting in American National Elections, New Haven.
- Flaig, Berthold Bodo/Meyer, Thomas/Ueltzhöffer, Jörg (1993): Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation, Bonn.
- Fuchs, Dieter/Kühnel, Steffen (1994): Wählen als rationales Handeln. Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen, S. 305-364.

- Gabriel, Oscar W. (1986): Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
- Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) (1997): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen.
- Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W. (Hrsg.) (1996): Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Frankfurt a. M.
- Gluchowski, Peter (1987): Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: APuZ 37 B 12, S. 18-32.
- Gluchowski, Peter (1988): Freizeit und Lebensstile. Plädoyer für eine integrierte Analyse von Freizeitverhalten, Erkrath.
- Gluchowski, Peter (1991): Lebensstile und Wählerverhalten, in: Veen, Hans-Joachim/Noelle-Neumann, Elisabeth (Hrsg.): Wählerverhalten im Wandel, Paderborn, S. 209-244.
- Heberle, Rudolf (1963): Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart.
- Hermann, Dieter (2004): Bilanz der empirischen Lebensstilforschung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 56, S. 153-179.
- Inglehart, Ronald (1989): Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt, Frankfurt a. M.
- Jennings, M. Kent/van Deth, Jan W./Barnes, Samuel H. (1990): Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin.
- Kaase, Max (1973) : Die Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen, in: PVS 14, S. 145-190.
- Kaase, Max (Hrsg.) (1977): Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, Opladen.
- Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) (1998): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen.
- Kellermann, Charlotte (2008): Trends and Constellations. Klassische Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 1990-2005, Baden-Baden.
- Klingemann, Hans D. (1973): Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung. Die Einstellungen zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich, in: PVS 14, S. 227-256.
- Klingemann, Hans-Dieter/Wattenberg, Martin P. (1990): Zerfall und Entwicklung von Parteiensystemen: Ein Vergleich der Vorstellungsbilder von den politischen Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen, S. 325-344.
- Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.) (1986): Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen.

- Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.) (1994): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen.
- König, René (Hrsg.) (1973-1978): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 1-12, 2./3. Aufl., Stuttgart.
- Kühnel, Steffen M./Fuchs, Dieter (1998): Nichtwählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice Ansatzes in der empirischen Wahlforschung II, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen, S. 317-356.
- Lamnek, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung, Bd. 1: Methodologie, Weinheim.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard /Gaudet, Hazel (1944): The People 's Choice. How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign, New York.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard /Gaudet, Hazel (1969): Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens, Neuwied (im Orig.: The People 's Choice. How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign, New York 1944).
- Lepsius, M. Rainer (1966): Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Abel, Wilhelm et al. (Hrsg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart, S. 371-393.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York, S. 1-64.
- Mielke, Gerd (1987): Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg. Eine politikwissenschaftlich-statistische Analyse des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Wahlverhalten in einer ländlichen Region, Berlin.
- Müller, Hans-Peter (1992): Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit, Frankfurt a. M.
- Niedermayer, Oskar/Schmitt, Hermann (Hrsg.) (1994): Wahlen und europäische Einigung, Opladen.
- Nohlen, Dieter (2013): Wahlrecht und Parteiensystem, 7. Aufl., Opladen/Farmington Hills.
- Oberndörfer, Dieter (1978): Politische Meinungsforschung und Politik, in: Oberndörfer, Dieter (Hrsg.): Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Studien zu ausgewählten Problemen der Wahlforschung aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, Berlin, S. 13-38.
- Oberndörfer, Dieter/Mielke, Gerd (1990): Stabilität und Wandel in der westdeutschen Wählerschaft, Freiburg.
- Oberndörfer, Dieter/Rattinger, Hans/Schmitt, Karl (Hrsg.) (1985): Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- Pappi, Franz Urban (1973): Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: PVS 14, S. 191-213.

- Pappi, Franz Urban (1979): Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik, in: Matthes, Joachim (Hrsg.): Sozialer Wandel in Westeuropa, Berlin, S. 465-479.
- Plasser, Fritz/Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W./Ullrich, Peter A. (Hrsg.) (1999): Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich, Frankfurt a. M.
- Popper, Karl R. (1984): Zur Logik der Sozialwissenschaft, in: Adorno, Theodor W. et al. (Hrsg.): Der Positivismustreit in der deutschen Soziologie, 11. Aufl., Darmstadt, S. 103-124.
- Popper, Karl R. (1992): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde II. Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen, 7. Aufl., Tübingen.
- Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W. (Hrsg.) (2007): Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden.
- Sartori, Giovanni (1992): Demokratietheorie, Darmstadt.
- Schauff, Johannes (1928): Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871, Köln.
- Schoen, Harald (2003): Wählerwandel und Wechselwahl, Wiesbaden.
- Schoon, Steffen (2007): Wahlverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg und Vorpommern (1871 – 2002), Düsseldorf.
- Schultze, Rainer-Olaf (1991): Wählerverhalten und Parteiensystem, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Wahlverhalten, Stuttgart, S. 11-43.
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a. M.
- SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (1984): Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD. Zusammenfassender Bericht, Bonn.
- Thomassen, Jacques (Hrsg.) (2005): The European Voter. A Comparative Study of Modern Democracies, Oxford.
- van Deth, Jan W./Maloney, William A. (Hrsg.) (2008): Civil Society and Governance in Europe, Cheltenham.
- van Deth, Jan W./Montero, Jose/Westholm, Anders (Hrsg.) (2007): Citizenship and Involvement in European Democracies: a Comparative Analysis, London.
- Veen, Hans-Joachim/Gluchowski, Peter (1988): Sozialstrukturelle Nivellierung bei politischer Polarisierung – Wandlungen und Konstanten in den Wählerstrukturen der Parteien 1953-1987, in: ZParl 19, S. 225-248.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt.
- Vogel, Bernhard/Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (1971): Wahlen in Deutschland. Theorie-Geschichte-Dokumente 1848-1970, Berlin.
- Weber, Max (1951): Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen, S. 146-214.

- Westle, Bettina/Kühnel, Steffen (2007): Geschlecht als Determinante des Wahlverhaltens?, in: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Wessels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005: Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden, S. 293-320.
- Zelle, Carsten (1995): Der Wechselwähler. Politische und soziale Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und den USA, Opladen.